

**Antrag 223/II/2019****ASJ Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 225/II/2019 (Kein Konsens)****Versprechen einer humanitären Migrationspolitik einhalten und Verwaltungsspielräume nutzen**

1 Wir fordern die SPD Berlin und ihre sozialdemokrati-  
 2 schen Mitglieder des Senats auf, die führende Rolle Ber-  
 3 lins für eine progressive und humane Migrationspolitik in  
 4 Deutschland beizubehalten. Deshalb müssen Partei und  
 5 Senat alle Möglichkeiten und Spielräume nutzen, um auch  
 6 nach dem Migrationspaket weiterhin eine erkennbar so-  
 7 zialdemokratische und humanitäre Migrationspolitik um-  
 8 zusetzen. Berlin ist daher aufgefordert mit ihrer ausfüh-  
 9 renden Landesbehörde steuernd Verwaltungsvorschriften  
 10 zu erlassen.

11  
 12 Bei der Umsetzung des Migrationspaketes und des neuen  
 13 Staatsbürgerschaftsrechts sind Härten zu vermeiden und  
 14 entsprechende Ausführungsvorschriften auf Landesebe-  
 15 ne für die Berliner Ausländerbehörde bzw. für das künfti-  
 16 ge Landesamt für Einwanderung zu erlassen, solange die-  
 17 se den Regelungen des Bundesministeriums für Inneres  
 18 nicht entgegenstehen.

- 19 1. Bei den Ausführungsvorschriften zum „Geordneten  
 20 Rückkehr-Gesetz“ ist darauf zu achten, dass:
- 21 2. die im Gesetz vorgesehene bis zu 18-monatige Ab-  
 22 schiebehaft nicht in Berliner Justizvollzugsanstalten  
 23 durchgeführt wird und
- 24 3. gleichzeitig aber auch die in Berlin möglichen Di-  
 25 rektabschiebungen nicht als Ersatz für die Abschie-  
 26 behaft ausgeweitet werden,
- 27 4. keine Familien mit minderjährigen Kindern in Ab-  
 28 schiebehaft genommen werden,
- 29 5. keine Auflagen zum nächtlichen Aufenthalt in  
 30 Flüchtlingsunterkünften erlassen werden,
- 31 6. ausreisepflichtige Familien mit minderjährigen Kin-  
 32 dern bis zur Ausreise stets weiterhin Asylbewerber-  
 33 leistungen erhalten,
- 34 7. keine Absenkung des Aufenthaltsstandards vorge-  
 35 nommen wird, wie sie im Gesetz für Personen mit  
 36 ungeklärter Identität nach § 60b AufenthG mit einer  
 37 quasi „Duldung light“ vorgesehen ist, wenn die be-  
 38 troffenen Personen glaubhaft machen können, war-  
 39 um sie ihre Staatsbürgerschaft mangels entspre-  
 40 chender Dokumente nicht nachweisen können.
- 41 8. b) Bei den Ausführungsvorschriften zum Staatsbür-  
 42 gerschaftsrecht ist darauf zu achten, dass:
- 43 9. die Einwanderungsbehörden in Berlin durch ei-  
 44 ne allgemeine Verwaltungsvorschrift der für In-  
 45 neres zuständigen Senatsverwaltung angewiesen  
 46 werden, das Merkmal „Einordnung in die deut-  
 47 schen Lebensverhältnisse“ in den §§ 9 und 10 des  
 48 Staatsangehörigkeitsgesetzes einschränkend und

49 ausschließlich dahingehend auszulegen ist, dass le-  
50 diglich das Eingehen oder Bestehen einer Doppel-  
51 ehe oder Mehrehe der Einordnung in die deut-  
52 schen Lebensverhältnisse und damit der Einbürge-  
53 rung entgegenstehen.

54 10. Soweit die Auslegung der Anwendungshinweise  
55 des Bundesministeriums des Inneren zur „Einord-  
56 nung in die deutschen Lebensverhältnisse“ auf an-  
57 dere Kriterien ausgeweitet werden oder aber die  
58 Auslegung weitestgehend den einzelnen Behörden  
59 überlassen werden sollen und damit der Willkür Tür  
60 und Tore geöffnet werden, ist der Berliner Senat auf-  
61 gefordert, sich für entsprechende Einschränkungen  
62 auch auf Bundesebene einzusetzen.

63

64

65

#### 66 **Begründung**

67 Berlin ist eine offene und tolerante Metropole, die Men-  
68 schen aus aller Welt willkommen heißt und die allen hilft,  
69 die auf Hilfe angewiesen sind. Die Berliner SPD steht  
70 für eine humanitäre Migrationspolitik und begrüßt, dass  
71 die SPD Bundestagsfraktion im Migrationspaket den Ein-  
72 stieg in ein humanes Einwanderungsgesetz durchsetzen  
73 konnte und vielen Menschen damit eine Bleibeperspekti-  
74 ve eröffnet. Damit wurde jedoch nur ein erster Schritt er-  
75 reicht. Dagegen wurden mit dem „Geordnete-Rückkehr-  
76 Gesetz“ und den Verschärfungen im Asylbewerberleis-  
77 tungsgesetz Zugeständnisse an die CDU/CSU gemacht,  
78 die im klaren Widerspruch zu einer sozialdemokratischen  
79 humanitären Migrationspolitik stehen. Sie sind kein so-  
80 zialdemokratischer Erfolg, sondern bestenfalls ein fauler  
81 Kompromiss zu Lasten vieler Menschen, die aus Krieg und  
82 Not bei uns Hilfe suchen. Die SPD hat bereits im Koaliti-  
83 onsvertrag zahlreiche Zugeständnisse im Ausländer- und  
84 Asylrecht an den Koalitionspartner gemacht. Die Grenze  
85 der Zumutbarkeit ist mittlerweile überschritten.

86

87 Wir müssen als SPD nicht nur Flüchtlingsschutz bie-  
88 ten, sondern auch die Frage beantworten, wie wir mit  
89 Menschen umgehen, die nach einem geordneten rechts-  
90 staatlichen Verfahren kein weiteres Aufenthaltsrecht in  
91 Deutschland haben. Nach unseren Grundwerten Freiheit,  
92 Gerechtigkeit und Solidarität kann die Antwort nur sein,  
93 dass in jedem Einzelfall die konkrete Situation des Betrof-  
94 fenen, die aktuelle Lage in seinem Herkunftsstaat und der  
95 bisherige Aufenthalt und die Dauer berücksichtigt werden  
96 müssen.

97

98 Wer hier lebt, aufwächst oder geboren wird, ist gleich-  
99 berechtigt willkommen und verdient unsere Solidarität.  
100 Berlin steht für eine vielfältige und offene Gesellschaft.  
101 Wir wollen die Einbürgerung mit allen staatsbürgerlichen

102 Rechten und Pflichten erleichtern und keine weiteren  
103 Hürden aufbauen. Die Erweiterung der Einbürgerungs-  
104 voraussetzungen um das Merkmal „Einordnung in deut-  
105 sche Lebensverhältnisse“ darf kein Einfallstor für eine Ge-  
106 sinnungsprüfung im Sinne einer undurchsichtigen deut-  
107 schen „Leitkultur“ sein. Unser Maßstab orientiert sich al-  
108 lein an den im Grundgesetz verankerten Werten.

109  
110 Im Falle einer ggf. gerichtlich überprüften Ausreisepflicht  
111 müssen Rückkehrhilfen und – beratung und freiwillige  
112 Ausreisen stets Vorrang vor Abschiebungen und Leis-  
113 tungskürzungen haben. Erleichterte Abschiebungen, die  
114 Einschränkungen des Rechtsschutzes und ein unsoziales  
115 Aushungern durch Leistungsausschluss lehnen wir ab. Die  
116 Ausweitungen der Abschiebehaf und das Festhalten von  
117 geflüchteten Menschen in sogenannten Ankerzentren für  
118 eine Dauer von bis zu 18 Monaten widersprechen einer hu-  
119 manitären Migrationspolitik.

120  
121 Wir fordern daher die sozialdemokratischen Mitglieder  
122 des Senats auf, die möglichen Spielräume bei der Um-  
123 setzung der gesetzlichen Regelungen soweit wie mög-  
124 lich zu nutzen und hierzu entsprechende Verwaltungs-  
125 vorschriften zu erlassen. Damit werden Auslegungen zu  
126 unbestimmten Rechtsbegriffen für die Rechtsanwender  
127 verbindlich und das behördliche Ermessen in die richtige  
128 Richtung gesteuert.

129  
130 Mit der Duldung für Personen mit ungeklärter Identität  
131 hat die Bundesregierung eine Duldung „light“ eingeführt,  
132 die für die Betroffenen zum Arbeitsverbot und in die Il-  
133 legalität führt, anstatt ihnen ausreichende Integrations-  
134 und Sprachkurse anzubieten. Viele Geflüchtete verfügen  
135 nicht über entsprechende Dokumente, um ihre Staats-  
136 angehörigkeit nachweisen zu können. Wird ihnen nicht  
137 geglaubt, gelten sie beim Bundesamt für Migration und  
138 Flüchtlinge schnell als Personen mit ungeklärter Identität.  
139 Daher ist eine Einschränkung der Auslegung notwendig,  
140 um die Verschärfung auf Ausnahmefälle zu beschränken.

141  
142 Die Durchführung von Abschiebehaf in Justizvollzugsan-  
143 stalten widerspricht europarechtlichen Regelungen und  
144 wir lehnen sie ab. Wir wollen - selbst bei getrennten Häu-  
145 sern - nicht, dass Geflüchtete und ihre Kinder gemeinsam  
146 mit Straftätern einsitzen. Kinder von Geflüchteten haben  
147 in Abschiebungshaft ohnehin nichts zu suchen. Die Haf-  
148 terfahrung widerspricht klar und stets dem Kindeswohl.

149  
150 Die in Berlin geübte Praxis der Direktabschiebung ohne  
151 vorherige richterlich angeordnete Abschiebehaf ist nicht  
152 humaner, sondern führt häufig zu einer Einschränkung  
153 des Rechtsschutzes, weil entsprechende Eilanträge beim  
154 Gericht nicht mehr zeitnah gestellt werden können. Die

155 ständige Angst vor nächtlichen Festnahmen führt dazu,  
156 dass Geflüchtete untertauchen und ein Leben in der Ille-  
157 galität führen müssen. Auflagen, sich nachts im Wohn-  
158 heim für eine mögliche Abschiebung bereithalten zu müs-  
159 sen oder sich bei der Ausländerbehörde vorher schrift-  
160 lich abzumelden, sind unverhältnismäßig. Abschiebun-  
161 gen dürfen stets nur als letztes Mittel eingesetzt werden.  
162 Vor jeder Abschiebung müssen daher Rückkehrberatun-  
163 gen und- hilfen angeboten und freiwillige Ausreisen ge-  
164 fördert werden.

165

166 Die Abschaffung von jeglichen Asylbewerberleistungen  
167 für vollziehbar ausreisepflichtige EU Binnenflüchtlinge -  
168 sogar vor einer gerichtlichen Überprüfung - ist mit Eu-  
169 roparecht und mit der Menschenwürde unvereinbar. Ein  
170 Aushungern durch Leistungsentzug widerspricht sozial-  
171 demokratischen Grundwerten. Wir wollen nicht, dass Fa-  
172 milien mit Kindern aus Flüchtlingsheimen geworfen wer-  
173 den und ohne soziale Absicherungen und Gesundheits-  
174 versorgung in die Obdachlosigkeit getrieben werden.